



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 06.11.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen
am Mittwoch, 13. November 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen am 18.09.2024 und 26.09.2024
2. **24-F-02-0014**

Transparente Kostenstruktur städtischer Gesellschaften
-Antrag der CDU-Fraktion vom 11.09.2024, eingebracht am 18.09.2024 mit Beschluss Nr. 0210-

Neben dem strukturell defizitären städtischen Kernhaushalt belasten diesen zunehmend auch die städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe mit immer höheren Bedarfen nach Eigenkapitaleinlagen und Betriebskostenzuschüssen. So sind allein in der Liste der Anmeldungen über den Grundbedarf hinaus von den Dezernaten Zuweisungen an Gesellschaften und Eigenbetriebe im Gesamtvolumen von fast 50 Mio. EUR angemeldet - zusätzlich zu den im Grundbudget bereits hierfür vorgesehenen Mittel. Bisher verlässliche Ergebnisabführer werden mittlerweile zu Zuschussnehmern.

Auch die städtischen Gesellschaften können und sollen einen Konsolidierungsbeitrag für den Gesamt-haushalt der Stadt leisten. Hierfür ist es unabdingbar, den Stadtverordneten einen nachvollziehbaren und transparenten Gesamtüberblick über die Kostenstruktur aller Gesellschaften zu geben, um entsprechende Potenziale besser identifizieren und auch über deren Aufsichtsratsmandate besser thematisieren zu können.

Die bisher von der Beteiligungsverwaltung zu den Beschlussvorschlägen der Aufsichtsrats- und Betriebs-kommissionssitzungen vorgelegten Stellungnahmen enthalten stets wertvolle Hinweise und Anregungen, die jedoch nicht allen Stadtverordneten in Gänze zugutekommen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein vergleichendes, regelmäßig fortzuschreibendes Reporting zu implementieren, das eine Übersicht über wichtige Kennzahlen der Unternehmensführung der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe enthält und geeignet ist, für eine bessere Vergleichbarkeit der Gesellschaften und Eigenbetriebe zu sorgen. So sollen nachfolgende Kennzahlen enthalten sein:

- a. Personalbestand
- b. Personalkosten der Geschäftsführung/Betriebsleitung und ggfls. Prokuristen
- c. Personalkosten allgemein
- d. Personalbestand und -kosten in Relation zum erzielten Ergebnis
- e. Sachkosten
- f. Aufwendungen für selbstgenutzte Immobilien
- g. bestehende Kredite und Bürgschaften
- h. Entwicklung der Gewinne/Verluste der vergangenen zehn Jahre

3. 24-F-63-0083

Gewerbesteuermitwirkende*innen

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 30.10.2024-

Am 02.11.2023 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, drei weitere Gewerbesteuerprüfer*innen einzustellen. Bereits 2022 wurde eine Stelle in diesem Bereich geschaffen. Diese Stelle hat im Jahr 2022 Mehreinnahmen von 1,7 Mio. € generiert. Wie hat sich dies in 2023 entwickelt?

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

aufzulisten welche Mehreinnahmen durch Gewerbesteuermitwirkende*innen im Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023 erzielt wurden.

4. 24-F-15-0040

Hoher Krankenstand der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der LHW

-Antrag FWG/Pro Auto vom 05.11.2024-

Wie der Presse (WK vom 21.10.2024) entnommen werden kann, wird aktuell ein extrem hoher Krankenstand der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung beklagt.

Mitarbeiter sind das wichtigste Gut für jeden Arbeitgeber!

Die Fraktion „FWG/Pro Auto“ möchte dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Deshalb werden konkrete Informationen und Auskünfte zu weiteren Planungen der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) benötigt.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. wie der aktuell hohe Krankenstand der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der LHW im Vergleich zu anderen Großstädten in Hessen und zu vergleichbaren Städten auf Bundes-ebene zu bewerten ist (Benchmark Zahlen),
 2. welche Ämter der LHW einen besonders erhöhten Krankenstand ausweisen,
 3. ob und welche Krankenkassenberichte die LHW seit 2022 vorliegen hat und welche Ergebnisschwerpunkte sich daraus ergeben haben,
 4. ob Gespräche mit erkrankten Mitarbeitern geführt werden, aus denen sich Anhaltspunkte für die Fehlzeiten ergeben,
 5. welche eigenen Auswertungen zum Krankenstand hat die LHW seit 2022 vorliegen, und welche Ergebnisschwerpunkte sich daraus ergeben haben,
 6. ob nach Anfertigung des „Badura-Gutachtens“ eine weitere Mitarbeiterbefragung zu den Arbeitsbedingungen stattgefunden hat (mit welchen Ergebnissen und daraus resultierenden Maßnahmen),
 7. wie viele BEM-Gespräche wurden ab 2022 von der LHW den langleiterkranken Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen angeboten und wie viele wurden davon in Anspruch genommen und
 8. welche Maßnahmen die LHW plant, um den Krankenstand und die Mitarbeiterzufriedenheit zu verbessern.
5. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation
6. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **23-F-15-0033** **DL 28/24-1**
Transparente Darstellung der Rest- und/oder Überleitungsmittel
-Antrag von FWG/Pro Auto vom 05.12.2023,
Bericht des Magistrats, Dezernat III, vom 18.10.2024-
2. **24-F-22-0018**
Kosten für Personal-Recruiting
-Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 15. Mai 2024,
Bericht des Magistrats, Dezernat I, vom 19.09.2024-

Der Bericht des Magistrats steht im Politischen Informationssystem PIWI zur Verfügung.

3. 24-V-04-0007

Finanzielle Ausstattung des Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (39) zur Bekämpfung der Tierseuche Afrikanische Schweinepest (ASP)

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 12.11.2024. Die Beratungsunterlagen werden nachgereicht.

4. 24-V-05-0026

DL 30/24-1

Delegationsregelung für Grundstücksgeschäfte

5. 24-V-41-0014

DL 27/24-5

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Auswirkungen Nachtragshaushalt Land Hessen

6. 24-V-51-0040

DL 28/24-4

Sanierung und Erweiterung der AWO Kita Betty Coridass, Deckung des Mehrbedarfs 2024

7. 24-V-51-0041

DL 28/24-5

Neubau Kita Hainweg Nord, Deckung des Mehrbedarfs 2024

8. 24-V-66-0218

DL 28/24-7

Beseitigung Bahnübergang Mainz-Kastel

9. 24-V-66-0221

DL 27/24-9

Barrierefreier Knotenpunktumbau Rheinstraße / Schwalbacher Straße

10. 24-V-66-0222

Holzstraße - Grundhafte Erneuerung, Ausführungsvorlage

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich am 12.11.2024. Der Magistratsbeschluss wird nachgereicht.

11. 24-V-67-0005

DL 28/24-8, 10/24-16

Konzept für die Jagd im Wiesbadener Stadtwald in Zeiten des Klimawandels

12. **24-V-70-0003** **DL 28/24-9**
Jahresabschluss 2023 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses;
Ergebnisverwendung
13. **24-V-70-0004** **DL 28/24-10**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
für das Wirtschaftsjahr 2024
14. **24-V-70-0008** **DL 28/24-11**
Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage mit dem Rheingau-Taunus-Kreis;
Gesellschaftervertrag der "B2P Bio2Power GmbH"
15. **24-V-86-0002** **DL 28/24-12**
Jahresabschluss mattiaqua 2023

NÖ Tagesordnung II

1. **24-V-20-0035** **DL 30/24-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2024
2. **24-V-20-0038** **DL 27/24-2 NÖ**
Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft
3. **24-V-36-0021** **DL 28/24-1 NÖ**
Übergabe der städtischen Ladeinfrastruktur am Gustav-Stresemann-Ring 15
4. **24-V-41-0005** **DL 28/24-2 NÖ**
Theaterspielstätte kuenstlerhaus43; vorgesehener Umbau und Nutzung Obere Webergasse 43
5. **24-V-61-0056** **DL 30/24-2 NÖ**
Verträge zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Quartier Kureck

6. 24-V-82-0011

DL 28/24-3 NÖ

Vergabe Kurhaus Sanierung

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender